

Jetzt wird es ernst

Die Landtagswahlen in Brandenburg am 14. September waren in vielerlei Hinsicht eine Zäsur. Zuerst sollten alle demokratischen Parteien sie zum Anlass nehmen, über ihr Angebot an die Bürgerinnen und Bürger nachzudenken. Denn wenn im 25. Jahr nach der Friedlichen Revolution in der DDR, als Hunderttausende auf die Straße gingen, um für freie Wahlen und eine offene und demokratische Gesellschaft zu demonstrieren, nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten vom Wahlrecht Gebrauch macht, sollte das uns allen zu denken geben.

Für den Landesverband der LINKEN in Brandenburg war es die erste Landtagswahl aus der Rolle einer Regierungspartei heraus. Die Erwartungen waren hoch – und sie wurden enttäuscht. Nach Mecklenburg-Vorpommern und Berlin verlor nun auch unsere Landespartei in dieser Situation enorm an Zuspruch. Nach dem durchwachsenen Wahlergebnis bei den Kommunal- und Europawahlen im Mai stellte dies nun den Tiefpunkt des Wahljahres 2014 dar.

Mit diesem Ergebnis umzugehen hat sich niemand leicht gemacht. Ich erinnere mich an diverse Beratungen des Landesvorstandes, des Landesausschusses, der Kreisvorsitzenden, in den Ortsverbänden und Basisorganisationen. Woran lag es und was machen wir nun? Das waren die am meisten diskutierten Fragen. Klar war allen, es muss sich etwas ändern, wenn es wieder aufwärts gehen soll. Wie werden wir als LINKE »vom Wähler«, dem unbekanntem Wesen, wahrgenommen und was wird von uns erwartet? Können wir dies in einer neuen rot-roten Landesregierung schaffen? Die Sondierungsergebnisse mit der SPD ließen uns Hoffnung schöpfen, gelang es doch, gerade auf unseren Kernfeldern Bildung, Finanzen und Gesundheit Pflöcke einzuschlagen. Dies setzte sich dann in den Koalitionsgesprächen fort, nachdem die SPD entschied, uns diese anzubieten. Das Ergebnis war ein Koalitionsvertrag, dem über 90 Prozent der Mitglieder des Landesverbandes der LINKEN ihre Zustimmung gaben. Aber wer sollte ihn nun als Mitglieder der Landesregierung umsetzen helfen?

Am Abend des Reformationstages klingelte bei mir das Telefon, der Landesvorsitzende Christian Görke meldete

sich mit den Worten: »Diana, es wird ernst.«. Es wurde bereits im Vorfeld viel spekuliert über den Zuschnitt und die Besetzung der Ministerien, aber nun wurde es für mich konkret. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie – das Hildebrandt-Ministerium wurde mir angeboten. Was für eine Chance! Doch es gab natürlich vieles zu klären und zu besprechen: Was sagt die Familie dazu, trägt sie es mit? Was wird aus meinen Mitarbeiterinnen in Berlin und den Mitarbeitern im Wahlkreis? Wer übernimmt die Mieten für die Wahlkreisbüros? Dies waren die Bedingungen für meine Zusage.

Und wie hätte ich auch »Nein.« sagen können? Nach neun Jahren im Bundestag, als Teil einer besonders ausgegrenzten Opposition, wenn man schon beim Schreiben von Anträgen weiß, dass sie abgelehnt werden; wenn dann jemand kommt und sagt: Hier hast Du die Chance zu gestalten, wie sollte ich das ablehnen? Es ging alles wahnsinnig schnell und auch jetzt nach ein paar Wochen habe ich manchmal das Gefühl, überraschend eine Filmrolle übernommen zu haben, so ganz drin bin ich noch nicht. Aber es ist aufregend und ich lerne jeden Tag so viel Neues. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums sind mir sehr aufgeschlossen und neugierig gegenüber getreten. Um mich und einer erfahrenen Staatssekretärin herum bildet sich das Team der Hausleitung. Ich springe jeden Tag mit beiden Beinen ins kalte Wasser, eile von einer Premiere zur nächsten, aber bis jetzt läuft es erfreulich gut.

Ich weiß, wie groß die Erwartungen an mich sind, denn dieses Haus umfasst einige unserer Kernkompetenzen: Soziale Gerechtigkeit, Gute Arbeit, Gleiche Teilhabe, Kampf gegen Kinderarmut. Es werden sich auch mit mir als Ministerin nicht alle Wünsche erfüllen lassen, aber ich verspreche: Ich werde mein Bestes geben. Ich will Politik mit den Menschen machen und nicht nur für oder gar gegen sie. Dabei hoffe ich natürlich auch auf die Unterstützung der Partei und der Unterstützer_innen, die auch in den letzten Jahren immer für mich da waren.

Diana Golze, Ministerin in Brandenburg



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser,
liebe Genossin, lieber Genosse,

das Jahr ist rum, Weihnachten naht und 2015 steht auch schon vor der Tür. Das zurückliegende (Wahl-) Jahr war ereignisreich und brachte Veränderungen. Thüringen wird Rot-Rot-Grün, Rot-Rot in Brandenburg ist in die zweite Auflage gestartet, unsere bisherige Bundestagsabgeordnete Diana Golze ist nun Ministerin, unser bisheriger Landtagsabgeordneter Norbert Müller ihr Nachrücker im Bundestag - Kontinuität im Wandel. Zur schönsten Zeit des Jahres möchte ich aber jetzt nicht weiter von Politik schreiben! Ich wünsche eine schöne Adventszeit, lassen Sie sich vom Zauber der Weihnachtsmärkte in unserer Region begeistern, genießen Sie die besinnliche Zeit und kommen Sie im Kreise Ihrer Lieben zur Ruhe. Und Bedenken Sie: Weihnachten ist nicht nur beschenken. Es ist auch innehalten ...

Ich danke an dieser Stelle für das Interesse an der LINKEN in Teltow-Fläming, bleiben Sie uns treu – und kommen sie gesund durch die Festtage und ins neue Jahr!

FELIX THIER
Kreisvorsitzender



Diana Golze, Vierte von rechts

Ganz persönliches Gedenken 2014

Unsere Familie verbindet seit 1991 eine enge Freundschaft zu einem russischen Ehepaar. Der Kontakt entstand über die damals noch tätige Ortsgruppe der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft (DSF) zur Garnison der GUS-Streitkräfte auf dem Gelände des ehemaligen Stalag IIIA in Luckenwalde.

1996 besuchten uns Sergej und seine Inna aus Iwanowo zum ersten Mal privat nach der Schließung der Garnison 1994. Während ihres Besuches feierte Inna ihren 50. Geburtstag. Wir fragten nach ihren Wünschen. »Nach Rudolstadt fahren«, lautete ihre Antwort. Wir staunten nicht wenig. So erzählte Inna, Dozentin für Deutsch und Latein an der Medizinischen Akademie und an der Medizinischen Fachschule Iwanowo, dass sie in Jena geboren und die ersten fünf Jahre ihres Lebens in Rudolstadt aufgewachsen sei. Ihr Vater war Offizier der Roten Armee gewesen. Wir fuhren mit ihr und ihrem Mann nach Rudolstadt, fanden das Haus, in dem sie als Kind gewohnt und mit deutschen Kindern gespielt hatte. Für sie erfüllte sich ein Traum, sie war zu ihren Wurzeln

zurückgekehrt. Daheim in Iwanowo zeigte sie ihrer Mutter die Fotos. »Ihr wart dort?«, fragte sie sichtlich gerührt und sie hatte viel über diese Jahre in Deutschland, ab 1949 DDR, zu erzählen.

In diesem Jahr, 2014, besuchte uns Inna wieder, dieses Mal mit ihrer Schwester. Auf die Frage nach ihren Wünschen lautete die Antwort: »Nach Rudolstadt fahren«. Ihre Schwester konnte sich kein Bild von diesem Ort machen, ein Stück Familiengeschichte fehlte in ihrem Kopf.

Wir besuchten also erneut Rudolstadt, fanden das inzwischen umgebaute Haus und waren dieses Mal mutiger. 1996 hatten wir nicht gewagt, das Grundstück zu betreten oder in Kontakt mit den jetzigen Bewohnern zu treten. Dieses Jahr ergab sich die Möglichkeit, zunächst den Hausherrn zu kontaktieren, einen Mann in unserem Alter. Er staunte, lud uns in die Wohnung ein und meinte: »Nun schließt sich wieder eine Lücke in der Geschichte dieses Hauses«.

Während er akribisch genau notierte, die zweiten Bewohner dieser Woh-

nung kennenlernte, bereitete seine Frau den Kaffee und eine Erdbeertorte zu. Über zwei Stunden saßen wir zusammen, als wären wir schon seit Jahren bekannt. Der neue Wohnungsbesitzer wunderte sich, dass unsere Inna nach diesem grausamen Krieg Germanistik und Latein studiert hatte. Inna: »Da war kein Hass!« Mit Familie G. Bleiben wir in Kontakt. Er schenkte Inna und ihrer Schwester Ansichtskarten, einen Stadtplan und Broschüren über die Geschichte von Rudolstadt. An diesem Tag gab es mindestens sechs glückliche Menschen.

Inna und Ludmila hatten aber nicht nur diesen Wunsch. Sie wollten unbedingt zur sowjetischen Gedenkstätte auf dem Waldfriedhof und zum Stalag-Friedhof. Auch diesen Wunsch erfüllten wir ihnen gern. Wir legten Blumen an den Gedenksteinen nieder. Inna war bestens vorbereitet. In Russland ist es üblich, dass Gedenkschleifen an den Erinnerungsstätten des Großen Vaterländischen Krieges angebracht werden – eine Schleife in den Landesfarben und eine in unterschiedlichen Brauntö-

nen, letzte ist die Siegeschleife. Beides hatte Inna als laufende Meter Schleifenband mitgebracht. Wir zeigten ihr das Gräberfeld auf dem Waldfriedhof. So erlebte sie unser jährliches Gedenken am 8. Mai, an dem immer Blumen vor jedem der 89 Grabsteine abgelegt werden. Wir haben nicht verschwiegen, dass es von den staatlichen Stellen kein Gedenken an diesem Tag gibt.

So gedachten wir, zwei russische Frauen und Köbkes, der Toten der Weltkriege und verbanden damit die Hoffnung, dass nie wieder ein Krieg unsere Völker trennt.

P.S.: Dass die Stadt Luckenwalde auf dem sowjetischen Ehrengräberfeld auf dem Waldfriedhof Stelen mit den Namen sowjetischer Soldaten, die in den letzten Kriegstagen 1945 in der Umgebung von Luckenwalde ihr Leben gelassen haben, aufgestellt hat, haben wir unseren russischen Freunden per Internet mitgeteilt. Sie haben sich über diese Aktion sehr gefreut.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Verbrennen im Freien

Luckenwalder Ordnungsamt rudert zurück.

Nicht nur in Luckenwalde hatten die Veröffentlichungen des städtischen Ordnungsamtes im Amtsblatt, in der MAZ und in den Wochenzeitungen Blickpunkt und Wochenspiegel für Irritationen gesorgt. Auch in den umliegenden Gemeinden brachten die Interpretationen erheblichen Gesprächsstoff und Verunsicherung.

Nicht verbrannt werden dürfen Gartenabfälle, wie Rasenschnitt und Laub sowie frischer Baum- und Strauchschnitt, darin waren sich alle einig.

Die LINKEN-Stadtverordneten Dietmar Seiler und Manfred Thier machten aber auf die Diskrepanzen in den Aussagen zwischen Stadt Luckenwalde und Landesumweltministerium aufmerksam.

So wollte man in Luckenwalde selbst das Verbrennen von trockenem Baum- und Strauchverschnitt



untersagen und nur erworbenes Holz zulassen, was eindeutig den unten aufgeführten Festlegungen des Umweltamtes widerspricht. Auch können diese Interpretationen aus einem Schreiben vom Landesumweltministerium von Anfang Oktober 2014 nicht einfach den gesetzlichen Lagerfeuererlass aus 2007 des zuständigen Ministers ersetzen bzw. außer Kraft setzen.

Danach sind Holzfeuer grundsätzlich auch ohne gemeindliche Ausnahme genehmigung zulässig, wenn

- die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft hierdurch nicht gefährdet oder belästigt wird;
- die Höhe und der Durchmesser des Brennstoffhaufens max. einen Meter beträgt;
- das Brennmaterial aus trockenem (mindestens einen Winter gelagert) und naturbelassenem Holz, wie Holzscheite, kurze Äste und Zweige, Reisig oder Zapfen besteht.

Dem s. g. »Kleinen Feuer« wird ein Nutz- und Unterhaltungszweck, wie z. B. der Betreibung einer Kochstel-

le, Gartenparty, Wärmefeuere oder geselligem Lagerfeuer zugeordnet und sind nur dafür genehmigungsfrei.

Dies alles ist nachzulesen im offiziellen Faltblatt des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom März 2014.

Danach brauchen nur größere Feuer über einem Meter Höhe und Durchmesser unter der Einhaltung der o. g. Bedingungen die Genehmigung des zuständigen Amtes. Auch hier gibt es noch Ermessensspielraum bei s. g. Traditions- und Brauchtumsfeuern, wenn z. B. »lediglich kurzfristig mit Luftverunreinigungen zu rechnen ist« (§7 Landesimmissionsschutzgesetz).

Da diese Fehlinformationen breit veröffentlicht wurden, reicht eine Korrektur nur auf der Luckenwalder Seite der MAZ nicht aus. Deshalb dieser Artikel für unsere Leser mit der Bitte um Weitergabe. Auch haben wir im zuständigen Ausschuss der Stadt Luckenwalde diese Korrektur als Information auf breiter öffentlicher Ebene eingefordert.

Manfred Thier, Stadtverordneter, Fraktion DIE LINKE/BV

Die Jugend ist bereit!

Vor einiger Zeit habe ich einen Aufruf gestartet und Jugendliche in Jüterbog zu einer Informationsrunde eingeladen. Ich traf mich mit einigen Interessierten und wir diskutierten über Möglichkeiten des Mitspracherechtes, das Jugendliche in Jüterbog haben und wie es in der Zukunft aussehen könnte.

Als Gast habe ich Frau Maritta Böttcher eingeladen. Sie berichtete uns aus dem Sozialausschuss und erklärte uns den Stand der Satzungsänderung, denn um in Jüterbog einen Jugendbeirat zu gründen, muss diese eben geändert werden.

Wir machten uns erste Gedanken wie solch ein Beirat funktionieren könnte und was dort behandelt werden sollte. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Freizeitangebote und natürlich die Feste in Jüterbog, die dieses Jahr sehr ungünstig verteilt waren.

In diesem Treffen sah ich sehr engagierte Jugendliche, die aktiv werden wollen, aber nicht wissen wie. So organisierte ich ein weiteres Treffen. Dort hatten wir Herrn André Holländer zu Gast. Er ist Sachkundiger Einwohner im Sozialausschuss in Jüterbog. Er erklärte uns die Wege, die solch ein Antrag zur Satzungsänderung gehen muss. Auch mit ihm machten wir uns Gedanken darüber, wie solch ein Beirat aussehen könnte. Wird ein Vorsitzender und ein Vorstand wie beim Senioren- und

Behindertenbeirat gewählt? Wie viele dürfen im Vorstand sein? Schnell wurde klar, dass solch ein Beirat für Jugendliche komplizierter ist, denn die Fluktuation hier ist sehr ausgeprägt. Viele gehen nach der Schule lieber nach Berlin oder in eine andere Großstadt, um dort ein Studium oder eine Ausbildung zu beginnen. Darum muss man auch Jüngere versuchen einzubinden, die dann später mitbestimmen können. Doch was bedeutet mitbestimmen eigentlich? Im Moment soll auch dieser Beirat nur eine beratende Funktion im Sozialausschuss bekommen, also wie ein Sachkundiger Einwohner. Warum sollten die Stadtverordneten den Jugendlichen aber nicht mehr Stimmkraft geben, traut man es ihnen nicht zu?

Das nächste Treffen war dann im letzten Sozialausschuss. Die Jugendlichen konnten sich so ihre eigene Meinung direkt vor Ort bilden. Danach erzählten sie mir, dass sie es sich schlimmer vorgestellt haben und dass sie Politik bisher nur aus dem Fernsehen kannten.

Jetzt haben sie noch mehr Lust dort am großen, runden Tisch zu sitzen und mitzubestimmen.

Ich denke, die Jugend ist bereit und muss endlich gelassen werden. Das bedeutet, ihr sollte auch mehr Vertrauen geschenkt und größere Möglichkeiten eingeräumt werden, denn nur so kann man ihr auch zeigen, dass sie willkommen ist.

Philip Petzhold,
Mitglied der SVV Jüterbog

Gemütliches Beisammensein nach dem Wahlkampfmarathon

Am Donnerstag, dem 23. Oktober 2014, lud der Sprecherrat die Mitglieder der Basisorganisationen zu einem gemütlichen Beisammensein in ein chinesisches Restaurant in Mahlow ein. Fast 40 Mitglieder aus allen Ortsteilen sind der Einladung gefolgt. Wir hatten dadurch Gelegenheit, uns in einem gemütlichen Umfeld und in guter Gesellschaft, bei einem vielseitigen und leckeren Büffet auszutauschen, die letzten Monate und Wahlen zu rekapitulieren und aktuelle politische Fragen zu diskutieren. Mit der Einladung bedankte sich der Sprecherrat bei den vielen fleißigen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern für ihren unermüdeten Einsatz und ihre Ausdauer

während des letzten Jahres. Ein Wahlkampf beschäftigt immer viele Menschen in unterschiedlichsten Bereichen. Es müssen Materialien verteilt, Plakate aufgehängt und Infostände besetzt werden. Jeder einzelne, der sich am Wahlkampf beteiligt hat, hat an unserem gemeinsamen Erfolg seinen Anteil. Nach drei mehr oder weniger erfolgreichen Wahlen innerhalb eines Jahres hat nun die Zeit der Umsetzung begonnen. Wir müssen uns bemühen, auf allen politischen Ebenen unsere Schwerpunkte zu setzen und unsere im Wahlkampf gesetzten Ziele zu verwirklichen.

Detlev Schiemann,
BO-Vorsitzender Mahlow

Spende bringt sportliche Abwechslung für Flüchtlinge



Teltow-Fläminger LINKE sorgten für zwei Fußballtore am Übergangwohnheim in Ludwigsfelde

Im Mai konnten Angelika Linke als Vertreterin des Kreisvorstandes, Peter Dunkel als Vertreter der Kreistagsfraktion sowie MdL Norbert Müller eine Spende aus dem Erlös der Tombola des Familienfestes am 1. Mai in Luckenwalde, an den LuKISS e. V. überreichen.

LuKISS ist der Trägerverein des Ludwigsfelder Bündnisses für Familien. Mit der Spende wurde nicht nur das internationale Kinderfest des Familienbündnisses am 6. September unterstützt, sondern es konnten dafür außerdem von der Produktionsschule zwei stabile Tore gebaut werden, die nun vor dem Übergangwohnheim stehen und den Flüchtlingsfamilien zu ein wenig sportlicher Abwechslung verhelfen. Sozialarbeiter Christopher Schewe erklärt: »Oft fehlt den Flüchtlingen noch der Kontakt nach draußen, die Schrecken des Krieges und die Angst um ihre Angehörigen sitzen tief. Aber Sport z. B. bringt Abwechslung. Seitdem die Tore dort stehen sind nachmittags oft zehn bis fünfzehn Leute draußen und spielen Fußball.«

»Wir möchten die Menschen unterstützen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten«, hatte Angelika Linke im Mai den Verwendungszweck ihrer Spende erläutert.

Mitte Oktober konnte sie sich persönlich davon überzeugen, wie gut ihnen das gelungen ist.

Maren Ruden, Ludwigsfelde

Liebe Leserin, lieber Leser, da so eine Zeitung natürlich die Meinungen unserer AutorInnen verbreitet, sind wir an Debatten und Meinungen interessiert – auch von Euch/Ihnen!

Wir freuen uns über Eure/Ihre Zuschriften, die wir hier gern (falls nötig sinnwährend gekürzt) veröffentlichen und so Diskussionsraum bieten wollen.

E-Mail:
redaktion@
dielinke-teltow-flaeming.de

Postanschrift:
DIE LINKE. Teltow-Fläming
Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde

ZITIERT:

Die Vögel warten im Winter vor dem Fenster

*Ich bin der Sperling.
Kinder, ich bin am Ende.
Und ich rief euch immer im vergangenen Jahr,
wenn der Rabe wieder im Salatbeet war.
Bitte um eine kleine Spende.
Sperling, komm nach vorn.
Sperling, hier ist dein Korn.
Und besten Dank für die Arbeit!*

*Ich bin der Buntspecht.
Kinder, ich bin am Ende.
Und ich hämmere die ganze Sommerzeit.
All das Ungeziefer schaffe ich beiseit.
Bitte um eine kleine Spende.
Buntspecht, komm nach vorn.
Buntspecht, hier ist dein Wurm.
Und besten Dank für die Arbeit!*

*Ich bin die Amsel.
Kinder, ich bin am Ende.
Und ich war es, die den ganzen Sommer lang früh im Dämmergrau in Nachbars Garten sang.
Bitte um eine kleine Spende.
Amsel, komm nach vorn,
Amsel, hier ist dein Korn.
Und besten Dank für die Arbeit!*

Bertold Brecht



Reise des Aktionsbündnisses Brandenburg zum NSU-Prozess nach München

Gefangenentransport: Beate Zschäpe und die anderen Mitangeklagten, die in Untersuchungshaft sitzen, auf dem Weg in die Justizvollzugsanstalt München.

Das Aktionsbündnis Brandenburg veranstaltete zusammen mit der Evangelischen Akademie Berlin vom 17. bis 20. November 2014 eine Bildungsreise zum Münchner NSU-Prozess. Fast 50 Interessierte aus Brandenburg und Berlin waren Teilnehmer der Bildungsreise.

Schon auf der Hinfahrt gab es erste Informationen zum NSU. In Jena begrüßte uns während eines Zwischenstopps der Oberbürgermeister der Stadt Jena, Albrecht Schröter (SPD). Im Rathaus gab es eine Podiumsdiskussion mit Mitgliedern des Thüringischen NSU-Untersuchungsausschusses. Gekommen waren Katharina König (DIE LINKE), Jörg Kellner (CDU) und Heinz Untermann (FDP). Der Abschlussbericht des Ausschusses umfasst 1.800 Seiten und stellt den Fahndungsbehörden bei der Verfolgung der Mitglieder und Unterstützer der rechten Terrorzelle NSU ein hartes Zeugnis aus: systematisches Versagen. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass Thüringen »ein Zentrum der Fehlleistungen« während der Suche nach den späteren NSU-Terroristen war. »Das rechte Netzwerk muss weiter untersucht werden – durch Ermittler, aber auch durch Parlamente«, sagte Katharina König.

Eine Einführung zum Prozess gaben Robert Andreasch, Mitarbeiter der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München – aida e.V. und NSU-Watch sowie die Nebenklagevertreterin Antonia von der Behrens. Sie berichtete über ihre Arbeit als Anwältin der Hinterbliebenen des Mordopfers Mehmet Kubaşık.

Am 18. November war der 160. Prozesstag vor dem Oberlandesgericht (OLG) München. Gezeigt wurden während des Verhandlungstages auch das erschütternde »Paulchen Panther«-Video in voller Länge sowie zwei weitere Bekennervideos des

NSU. Zehn Morde, zwei Bombenanschläge, 15 Raubüberfälle lautete bislang die Bilanz der rechtsradikalen Terrorzelle. Vor dem OLG ist angeklagt, was Ermittler zu lange für unmöglich hielten: Rechtsterrorismus in Deutschland. Vordergründig geht es um die angeklagten Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und die mögliche Schuld von Beate Zschäpe und den anderen vier weiteren Angeklagten. Immer wieder werden aber auch das Versagen der Ermittler und die vielen offenen Fragen rund um die NSU-Terrorzelle deutlich.

Während in der öffentlichen Debatte oftmals von einem »Trio« die Rede ist, lässt sich mittlerweile ausschließen, dass Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt mehr als zehn Jahre lang im Untergrund ohne Unterstützerstrukturen agieren konnten.

Es offenbaren sich mittlerweile eine Vielzahl von Verbindungen in weite Teile der Republik und ein weitläufiges Netz von Unterstützerin und Unterstützer. Während die Unterstützerstrukturen in Thüringen und Sachsen mittlerweile deutlichere Konturen tragen, sind anderen Regionen, trotz deutlicher Hinweise, noch immer weitgehende Dunkelfelder.

In einer Garage des NSU-Trios fanden die Ermittler 1998 eine Telefonliste. Über 40 Namen und Kontaktdaten waren hier zusammengestellt. Unter ihnen nicht bloß Helferinnen und Helfer, die die Drei bei dem Weg in den Untergrund unterstützten, sondern auch fünf V-Leute verschiedener Behörden. Das Unterstützer-Netzwerk gehörte oder besaß zumindest Bezug zur sächsischen Sektion der neonazistischen Organisation »Blood & Honour« genauso wie Carsten Szczepanski, der unter dem Decknamen »Piatto« dem brandenburgischen Verfassungsschutz ab 1994 zuarbeitete.

Szczepanski war 1995 wegen Mordversuchs an einem afrikani-

schen Asylbewerber im Ort Wendisch-Rietz zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht hatte ihm eine »tief verfestigte rechtsradikale Gesinnung« bescheinigt. Beste Voraussetzungen um für den brandenburgischen Verfassungsschutz aktiv zu sein. Er wurde im Gefängnis zu einem Informanten der Behörde. Der heutige sächsische Verfassungsschutzpräsident Gordian Meyer-Plath war einer derjenigen, die ihn damals in Brandenburg betreuten. Der Spitzel eröffnete in Königs Wusterhausen einen Laden für rechte Musik und war am Aufbau des rechtsextremen Netzwerks Blood & Honour beteiligt.

Auch für Brandenburg gilt es, die V-Mann-Praxis aufzuarbeiten und zu überdenken. Zu kritisieren ist vor allem, dass sich der Verfassungsschutz auch auf Straftäter einlässt. Vor seiner Befragung am OLG München erschwerte der Brandenburger Verfassungsschutz die Aussage des ehemaligen Informanten, der mittlerweile im Zeugenschutzprogramm lebt. Offensichtlich geht für den Verfassungsschutz Quellenschutz vor Aufklärung.

Das Thema »Erinnerungskultur« stand im Max-Mannheimer-Studienzentrum in Dachau im Fokus. Eine

Führung durch die KZ-Gedenkstätte durch Mitarbeiter der Evangelischen Versöhnungskirche stand hier im Mittelpunkt. Eindrucksvoll war zudem das Zeitzeugengespräch mit Ernst Grube, Überlebender des KZ Theresienstadt. Ernst Grube wird nicht müde. Auch mit 81 Jahren hat der KZ-Überlebende und politische Aktivist noch einiges zu sagen – und muss sich sogar vom Bundesverfassungsschutz beobachten lassen. Er ist Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), der DKP und spricht an Schulen, bei Podiumsdiskussionen und Demonstrationen als Zeitzeuge, Aufklärer und sozialer Mahner.

Im »Freiwerk« in München hatten wir am letzten Tag der Reise in mehreren Gesprächsrunden, beispielsweise mit der antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München und der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus, Gelegenheiten zum Erfahrungsaustausch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechts.

Eine äußerst interessante Bildungsreise, die noch lange nachwirkt.

Carsten Preuß, Zossen, BI Zossen zeigt Gesicht



Der Eingangsbereich zum Oberlandesgericht München (OLG) München

Linkstreff Ludwigsfelde

Am 4. November 2014 trafen sich in unserer linken Geschäftsstelle in Ludwigsfelde Genossen und Sympathisanten zum monatlichen Linkstreff. Zu Gast war dieses Mal kein Politiker, sondern der Leiter des Ordnungsamtes Ludwigsfelde, Herr Henry Nottrot. Nach aufregenden Wahlen und ihrer Auswertung standen dieses Mal Fragen zur Stadt Ludwigsfelde zur Diskussion. Querbeet war das Interesse und nach einhalb Stunden haben wir das interessante Gespräch »sanft« beendet. Herr Nottrot versprach, uns wieder zu besuchen, denn er spürte das große Interesse der Ludwigsfelder Bürger zu den verschiedenen Themen, für die das Ordnungsamt zuständig ist.

Angelika Linke, Ludwigsfelde



Ludwigsfelder Weihnachtsfeier

Die Ludwigsfelder LINKEN und ihre Sympathisanten unterstützen, wie seit vielen Jahren, die Weihnachtsfeier für die Kinder von Bedürftigen in Ludwigsfelde.

Diese Weihnachtsfeier findet am 9. Dezember 2014 im neu eröffneten Klubhaus statt.

Die Weihnachtsgel vom Ludwigsfelder Frauenstammtisch organisieren schon zum neunten Mal mit außerordentlichem Engagement für knapp 200 Kinder einen wundervollen Nachmittag mit tollen Geschenken. Wir LINKEN sind in diesem Jahr mit 370 Euro dabei.

Die Spende überreichten bei der Eröffnung des Ludwigsfelder Weihnachtsmarktes am Sonnabend, 29. November 2014 Angelika Linke und Wolfram Burkhardt vom Stadtverband an Weihnachtsgengel Cora Ruden.

Angelika Linke, Ludwigsfelde

L E S E U L E



Auf der Leipziger Buchmesse 2014 lernte ich den, mir bis dahin unbekanntem, britischen Autor Matt Haig kennen, der seinen neuen Roman »Ich und die Menschen« präsentierte.

Einige seiner Romane und Kinderbücher wurden mit verschiedenen literarischen Preisen ausgezeichnet und in über zwanzig Sprachen übersetzt.

Matt Haig, Jahrgang 1975, lebt in York und London.

Prof. Andrew Martin löst das größte bekannte Problem der Mathematik.

Der mathematische Fortschritt könnte die Menschheit in die Lage versetzen, das Universum zu zerstören. Um dies zu verhindern, verschwindet Andrew Martin, seine Stelle nimmt ein Wesen von einem anderen Stern mit überlegener Intelligenz ein. Er hat den Auftrag, alle Personen, die möglicherweise von der Problemlösung Kenntnis haben, auszuschalten.

Dieses auf die Erde gesandte Wesen hält nichts von der menschlichen Existenz und schon gar nichts von den seltsamen Lebensformen, der primitivsten Technik, der mittelmäßigen menschlichen Intelligenz und dem fehlenden Sinn für das Wesentliche.

Wunderbar witzig, hochkomisch und phantasievoll setzt er sich mit den menschlichen Schwächen auseinander.

Aber die Begegnungen mit Andrews Frau, seinem Sohn, seinen Freunden und Kollegen lassen ihn auch andere Seiten an den Menschen entdecken.

Diese unerwarteten Eindrücke führen dazu, dass er seinen Auftrag immer weiter hinaus schiebt. Langsam beginnt sich seine Gefühlswelt zu entwickeln. Eines Tages reißt seinen Auftraggebern die Geduld. Die Geschichte des Romans ist packend und humorvoll erzählt. Dieser Blick auf das schöne, oft seltsame und manchmal beängstigende menschliche Dasein hat mich fasziniert.

Besonders angetan bin ich von seinen 97 Ratschlägen für einen Menschen, scharfsinnig und witzig. Ratschlag 65: Denk nicht, dass du weißt. Wisse, dass du denkst.

Monika Krause, Nuthe-Urstromtal



Matt Haig
Ich und die Menschen
dtv, 352 Seiten, Broschiert
14,90 Euro
ISBN 978-3423260145

25 Jahre Mauerfall

Am 15. November 2014 fand in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow die kreisliche Feier zum 25. Jahrestag des Mauerfalls statt. Gemeinsam mit dem Berliner Partnerbezirk Tempelhof-Schöneberg beging der Landkreis Teltow-Fläming diese Feierlichkeit. Seit Anfang der 1990er Jahre besteht zwischen beiden Gebietskörperschaften eine partnerschaftliche Beziehung.

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler und Landrätin

Kornelia Wehlan begaben sich vom Bahnhof Lichtenrade aus auf einen Kiezspaziergang entlang des ehemaligen Mauerverlaufs. Ziel war das Mauerdenkmal an der B96 in Mahlow. Letzte Zwischenstation des Spaziergangs war die Erinnerungsstele für Herbert Kiebler am Grenzstreifen zwischen Mahlow und Berlin-Lichtenrade. Harald Fiss als Ehrenvorsitzender des Fördervereins Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde sprach hier erinnernde Worte an den auf der Flucht erschossenen Kiebler. Mit niedergelegten Blumen gedachten Angelika Schöttler und Kornelia Wehlan den Maueropfern, die versammelten Bürgerinnen und Bürger, gut 400 an der Zahl, schlossen sich dem Gedenken in einer Schweigeminute an.

Beim anschließenden Bürgerfest zum 25. Jahrestag der Maueröffnung hielten dann neben Ortwin Baier als Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow auch die Bezirksbürgermeisterin und die Landrätin einige kurze Grußworte. Musikalisch umrahmt und gestaltet wurde das Programm vom Chor »Schöneberger Klangkörper«, dem Trompetenensemble »Blechsaden« der Kreismusikschule Teltow-Fläming und »Chaplin's Barbet«, einem Trio der Musikschule »Regenbogen«.

Felix Thier, Luckenwalde



Landrätin Kornelia Wehlan zeigt Impressionen von der Maueröffnung

NORBERT MÜLLER, MDB **Die »schwarze Null« – und wem nützt sie?**

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit dem 28. November 2014 einen neuen Haushalt. Im Jahr 2015 sollen erstmals seit über vier Jahrzehnten keine zusätzlichen Schulden aufgenommen werden. CDU/CSU und SPD feiern ihre »schwarze Null« als Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Doch stimmt das und was bedeutet es für das Land?

Allein die aufgelaufenen Schulden des Bundes belaufen sich auf 1.115 Milliarden Euro. Eine gigantische Erblast, wenn man bedenkt, dass allein die Zinslast des Bundes 2014 knapp 30 Milliarden Euro beträgt. Da sind die Schlagworte von »Generationengerechtigkeit« und »Enkelgerechtigkeit« schnell bei der Hand. Es scheint naheliegend, dass man kommenden Generationen keine weiteren Schulden zumuten will, weil die Zinslasten und ausstehenden Tilgungen politische Gestaltungsspielräume verbauen.

Doch diese Argumentation ist so simpel, wie sie falsch ist. Die angehäuften Schulden des Bundes haben viele Ursachen. Trotz Rekorderneuerungen bei den Steuern ändert sich nichts am sogenannten »Steuerbauch«. Das bedeu-

tet, dass für die breite Masse der Steuereinnahmen die Mehrheit der FacharbeiterInnen, BeamtInnen, Angestellten mit durchschnittlichen bis guten Einkommen aufkommt. Im Gegenzug sind in den vergangenen Jahrzehnten Unternehmensgewinne und privates Vermögen deutlich gewachsen – dank einer Steuerpolitik, die eine permanente Umverteilung von unten nach oben begünstigte. Gleichzeitig haben die Bankenrettung und z. B. hohe und steigende Militärausgaben die Schulden in den letzten Jahren wachsen lassen. Im Bundestag aber fand sich nie eine Mehrheit, durch ein gerechtes Steuersystem hohe Einkommen und Vermögen adäquat heranzuziehen. Stattdessen wurde auf Sozialabbau oder Kürzungen bei den Investitionen gesetzt. Und wenn Steuern erhöht wurden, dann kräftig jene wie die Umsatzsteuer, die Geringverdiener am meisten trifft.

Im Zuge der Bankenrettung nach 2008 wurde sogar irrtümlich eine Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen. Behauptet wird, dass der Bund, ähnlich der beispielgebenden »Schwäbischen Hausfrau«, nicht mehr ausgeben dürfe als er einnehme. Dabei scheint es bei CDU/CSU, FDP (auch wenn die kaum noch eine Rolle spielt) – aber entgegen aller programmatischen Schwenks auch bei den Grünen und der SPD ein Tabu zu geben, zur Finanzierung des Bundeshaushalts auch die Reichsten der Gesell-

schaft stärker zu belasten. Denn den Schulden des Bundes steht auch ein Nettoprivatvermögen der reichsten 10 % der Gesellschaft von über fünf Billionen Euro gegenüber.

Die Staatsverschuldung ist also kaum das relevante gesellschaftliche Problem, zu der sie stilisiert wird. Vielmehr erleben wir eine von den Eliten des Landes, und damit auch von der parlamentarischen Mehrheit im Bundestag gewollte Vermögensunwucht. Hohe Einkommen, gar Superreiche sollen gar nicht zur Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben herangezogen werden. Stattdessen wird einfach die Ausfinanzierung des Staates reduziert und gespart. Und diese Idee des »schlanken« und »sparsamen« Staates ist der Kerngedanke des Neoliberalismus.

Das schöne Lied der »Enkel- und Generationengerechtigkeit« ist nur ein Märchen. Die Schonung der Reichen und Superreichen, die tatsächliche Umverteilung von unten nach oben ist die eigentliche Ungerechtigkeit.

Und so wurden die Redner der Koalition während der Haushaltsdebatten im Bundestag nicht müde, sich selbst zu loben und mit viel Pathos von ihrer wahlweise »schwarzen«, »roten« oder »schwarz-roten« Null zu sprechen. Sahra Wagenknecht hat dies zurecht als eine Art Götzendienst charakterisiert. Die »schwarze Null« als Dogma kann jedenfalls nicht zum Gefallen der

Mehrheit der Menschen in den heutigen noch in den zukünftigen Generationen sein. Denn letztlich bedeutet sie nur eines: Den Unwillen der herrschenden Politik, am Verhältnis von Armut und Reichtum zugunsten einer größeren sozialen Gerechtigkeit irgendetwas zu verändern.



Norbert Müller ist in den Bundestag nachgerückt für Diana Golze, die jetzt Ministerin im Land Brandenburg ist. Norbert wurde 1986 geboren, ist Student und Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik in der Fraktion. Er bleibt uns also in unserer Region erhalten und wir wünschen uns gemeinsame Erfolge.

Kontakt:
Norbert Müller, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 03385/49 45 21
Telefax: 03385/49 45 22
E-Mail: norbert.mueller@bundestag.de

Flüchtlingshilfe in Jüterbog gegründet

In Reaktion auf den Zuzug von Asylbewerbern in das Jüterboger Übergangwohnheim und auf die marginale Vorbereitung, trafen sich Vertreter der LINKEN, der Kirchengemeinden, der Diakonie und der CDU im November zum ersten runden Tisch Asyl. Im Vorfeld fand bereits eine Bürgerinformationsveranstaltung statt, in der viele Bürgerinnen und Bürger ihre Unterstützung zusagten, um den im Übergangwohnheim lebenden Menschen das Ankommen zu erleichtern. Seit dem Einzug der Flüchtlinge war die aktive Unterstützung jedoch relativ gering und eher

durch Einzelakteure geprägt. Dies lag mitunter daran, dass kaum persönliche Kontakte bestanden, Ansprechpartner teilweise unbekannt waren und der Weg zur Kontaktaufnahme mit eigenen Unsicherheiten verbunden ist. Trotz alledem zeigten die Jüterbogerinnen und Jüterboger in der Vorbereitung des runden Tisches deutlich, dass sie sich einbringen wollen und ihren Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge leisten wollen.

An dieser Stelle wollte der runde Tisch anknüpfen. Er sieht sich selbst als Vernetzungsgremium, das lokale Akteure und Interessierte zusammen bringt und ein planvolles bzw. abgestimmtes Agieren erreichen will.

Anfänglich war es jedoch notwendig aktuelle Angebote zu sichten, Bedarfe zu erfassen und daraus das weitere Handeln abzuleiten. Im Mit-

telpunkt stehen dabei die Akquise weiterer Netzwerkpartner und die Erweiterung der Angebotspalette.

Zu Beginn des Treffens tauschten sich die Beteiligten zu den bestehenden Schwierigkeiten und ihren Erfahrungen im Kontakt mit den Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Trägers aus. Im Anschluss daran wurde als weiteres Ziel der Vernetzung die Implementierung von Angeboten außerhalb des Heimes festgelegt. So soll die Kontaktaufnahme sowohl für die Jüterbogerinnen und Jüterboger wie auch der Flüchtlinge erleichtert werden. Die Kirche bot deshalb die Räume des ehemaligen Jugendhauses an. Hier findet nun an jedem Samstag das offene Kontaktangebot »Arche« statt. Es wird ergänzt durch noch nicht weiter terminierte Kursange-

bote, wie z. B. für den Spracherwerb. Weitere Maßnahmen sind in der Planung und sollen beim nächsten runden Tisch Asyl im Januar in die bestehenden Angebotsstrukturen integriert werden.

Es kann festgestellt werden, dass Jüterbog sich mit seinen vielen engagierten Menschen auf den Weg gemacht hat, die Lebensbedingungen der hier lebenden Flüchtlinge zu verbessern und sie in unserer Stadt willkommen zu heißen.

André Holländer
Jüterbog

Wer Interesse am konkreten Mitmachen hat, meldet sich bitte bei Maritta Böttcher, der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in der Jüterboger Stadtverordnetenversammlung
maritta.boettcher@die-linke.de

NACHGEFRAGT:

Eine von uns

Dr. Cornelia Hafenmayer

Jahrgang 1958, Diplomgartenbauingenieur und Verwaltungsfachwirt, »aus dem Stand« in die Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde gewählt, Mitglied im Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss, Mitglied im WARL (Verbandsversammlung des Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungszweckverbandes Region Ludwigsfelde)

Cornelia, was ist für dich links?

Vor allem eine soziale Einstellung, die für ein menschliches Miteinander, die Unterstützung von Schwachen und Ausgegrenzten steht, sich aber auch für die Förderung von besonderen Talenten und Begabten einsetzt.

Was regt dich auf?

Unzuverlässigkeit und leere Worte.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Eine spontane Einladung einer Arbeitskollegin zum Jahreswechsel nach St. Petersburg.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Ich schätze Deutschland sehr, schaue aber auch gerne mal über den Tellerrand zu unseren Nachbarn. Ehrlich gesagt, gibt es in unserem Land sehr viele schöne Landstriche und tolle Menschen.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Einfühlungsvermögen, Fairness, Entschlossenheit sich für gestellte Ziele konsequent einzusetzen.

Wie sollte Ludwigsfelde in zehn Jahren aussehen, oder was wünschst du dir für Ludwigsfelde? Anders formuliert: Wovon träumst du?

Ludwigsfelde soll eine nicht alternde weltoffene Stadt sein mit viel Platz für innovative Ideen, gesundes Leben und kreative Köpfe.

Was bedeutet für dich Kunst und Kultur?

Ich mag die kulturellen Angebote in unserer Stadt, egal ob Konzerte der Musikschule, klassische Vorführungen oder Popkonzerte, Ausstellungen, Vernissagen und freue mich auf die Kinovorführungen im neuen Klubhaus. Hin und wieder greife ich selber zu Pinsel und Aquarellfarben.

Nachgefragt hat Angelika Linke.

DABEI SEIN:**TERMINE UND AKTIONEN****LinksTreff**

6. Januar, 10 Uhr
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

Beratung Kreisvorstand

14. Januar, 19 Uhr
Geschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Regionalvorstand TF Süd

15. Januar, 19.30 Uhr
Geschäftsstelle Jüterbog

Beratung Kreistagsfraktion

16. Januar, 19 Uhr
Kreishaus Luckenwalde

Beratung der BO-Vorsitzenden

19. Januar, 18 Uhr
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

Dankeschön-Veranstaltung für Zeitungsverteiler

21. Januar, 15 Uhr
Geschäftsstelle Luckenwalde

LinksTreff

5. Februar, 18 Uhr
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

Roter Treff

6. Februar, 16 Uhr
Geschäftsstelle Jüterbog

Beratung der BO-Vorsitzenden

16. Februar, 18 Uhr
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

INTERNATIONALES**Was ist los im Nahen Osten?**

Über diese Frage diskutierten auf Einladung der Partei DIE LINKE in Rangsdorf zahlreiche Besucher einer zweiten Diskussionsrunde zu internationalen Fragen.

Auf dieser Veranstaltung konnte der Botschaftsrat der Palästinensischen Mission in Berlin, Abdullah Hijazi, die vielen Fragen sachkundig beantworten, wie sich nach dem sogenannten Arabischen Frühling so eine tiefgreifende, komplizierte und kriegerische Lage in der Region entwickeln konnte, die sich immer chaotischer darstellt.

Nach wie vor harrt das Palästina-Problem einer Lösung. Israel ist trotz jahrelanger Verhandlungen nicht bereit, einen palästinensischen Staat zu akzeptieren. Die von Palästinensern bewohnten Gebiete sind von Israel besetzt. Die Dokumentation der Siedlungsgebiete der Palästinenser zwischen 1947 bis zur Gegenwart



zeigt, wie die Siedlungspolitik Israels den Lebensraum der gegenwärtigen Bewohner einschränkt. Erschwerend kommt hinzu, dass die palästinensischen Gebiete von Israel militärisch besetzt sind, unzählige Kontrollpunkte die Bewegungsfreiheit einschränken und Israel auf palästinensischem Gebiet eine neun Meter hohe Mauer errichtet hat. Es gibt Straßen, die nur von israelischen Bürgern benutzt werden dürfen. Die Spitze dieses Eisberges befindet sich in Jerusalem, von Israel als Hauptstadt deklariert. International wird der westliche Teil zu Israel gehörend betrachtet, der östliche Teil zu Palästina. Das ist auch

die Position der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), d. h. ihrer Konsensregierung, die bereits viele Zugeständnisse in der Frage Land gegen Frieden gemacht hat. Bedauerlicherweise sind die in den 1990-er Jahren mit dem Osloer Verträgen erreichten Fortschritte, Autonomie, zum Erreichen einer Zweistaatenlösung nicht annähernd weiter gekommen, obwohl die UNO Palästina als Staat anerkannt hat. Der letzte Krieg zwischen der Hamas im Gazastreifen und Israel hat die Spannungen zwischen den Palästinensern und Israel sowie in der Region weiter erhöht.

Die zahlreichen Fragen zum Verhältnis Israels zur PLO, zur Haltung der USA und der EU zur Lösung der Palästinafrage konnte Abdullah Hijazi sachkundig und mit historisch korrekten Fakten beantworten. Der Zeitrahmen reichte nicht aus, den Bogen auf die gesamte Region zu spannen. Eins wurde immer wieder von den Fragestellern betont: Kritik an der Politik Israels ist kein Antisemitismus.

Es gab Übereinstimmung, die Diskussionsreihe Anfang 2015 weiter zu führen.

Achim Reichardt, Rangsdorf

DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen
14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-ludwigsfelde.de

www.facebook.com/dielinke.tf

Auch interessant:
www.dielinke-rangsdorf.de;
www.facebook.com/
dielinke.rangsdorf

www.dielinke-zossen.de;
www.facebook.com/
DIE.LINKE.ZOSSEN

www.dielinke-
blankenfelde-mahlow.de

**Leserbriefe
und Zuschriften
sind ausdrücklich
erwünscht.**

**Nächste Ausgabe:
15. Februar 2015**

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher,
Felix Thier
Redaktionsschluss: 30. November 2014
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 2000, Dezember 2014
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht
in jedem Fall mit der Meinung des Heraus-
gebers übereinstimmen.



Danke, Christa Zernick!

Am 17. November 2014 fand in Ludwigsfelde das letzte Treffen der BO-Vorsitzenden des Altkreises Zossen und Trebbin statt.

Die Verabschiedung unserer Genossin Christa Zernick aus der langjährig ausgeübten Funktion der Vorsitzenden der BO »Am Mellensee« war der bewegendste Moment an diesem Tag.

Genosse Siegfried Günther sprach die Dankesworte für diese außerordentlich engagierte, geradlinige und warmherzige Genossin.

Bezeichnend für Christa, sie stellte uns gleich ihre Nachfolgerin vor. Die

Genossin Judith Kruppa ist die neue BO-Vorsitzende.

Angelika Linke, Ludwigsfelde

Renate Klettke lernte Christa kurz nach der Wende kennen, als sich Genossen, die ihre Visionen und Ideale behalten hatten, im Altkreis Zossen zur PDS zusammenschlossen.

»Mir fiel diese kleine, muntere Genossin auf: stete Einsatzbereitschaft, kluge Argumentation, feinfühliges Eingehen auf Andere, bescheidene Zurückhaltung. Neben unserem Engagement für die Partei

und das Interesse an politischen Fragen einte uns die Liebe zur Musik und zur Literatur. Mit Christa kann man stundenlang über Bücher und Musik reden. Ich mag sie sehr und habe ihr viele anregende Gespräche zu verdanken.«

Tina Senst erinnert sich an die Zusammenarbeit mit Christa Zernick.

»Christa habe ich als resolutes aber feinsinniges, starkes und emotionales Mitglied des damaligen Redaktionsteams des Linksblick kennengelernt. Bemerkenswert waren mir ihre Aufrichtigkeit, ihr Wissen und ihre Logik. Uns

trennen nicht nur einige Lebensjahre – vor allem trennt uns eine große Lebenserfahrung.

Wenn das Ziel das Gleiche ist, ist es nicht schwer zu akzeptieren, dass der Weg dorthin für jeden anders ist.«

Der Kreisvorstand schließt sich allen Dankesworten an! Wir könnten alle Seiten füllen. Wir wünschen dir viel Gesundheit, dass du noch viele schöne Jahre mit uns und deiner Familie verbringen kannst!

Maritta Böttcher,
Stellv. Kreisvorsitzende

Fürstentag mit LINKS

Erstmals in diesem Jahr schlug DIE LINKE. Teltow-Fläming Süd ihr Quartier zum Jüterboger Fürstentag auf dem Hof der Firma werbegrad auf. Viele interessante Gespräche so-

wie Kontakte zu Besucherinnen und Besuchern wurden geführt und die mittelalterliche Atmosphäre durch das Programm mit Spielwut machten das Fest komplett. Danke an Petra und Anton Gorisek! Die Planung fürs nächste Jahr hat schon begonnen!

Maritta Böttcher, Jüterbog



Pascal Gumpel

Neue Herausforderung

Am 18. Oktober 2014 fand unsere Gesamtmitgliederversammlung im Kreishaus Luckenwalde statt. Zuvor fragte mich Felix, unser Kreisvorsitzender, ob ich dazu bereit wäre, die Versammlung zu eröffnen. Ich dachte ja, warum nicht und habe zugesagt, weil das für mich eine neue Herausforderung bedeutete. Natürlich bin ich ein bisschen aufgeregt gewesen, aber ich hatte mir die Namen, die ich nennen musste, auf die Hand geschrieben, um keinen zu vergessen. Angst vor so vielen Menschen zu



Pascal Gumpel: Erste Rede zur Eröffnung unserer Gesamtmitgliederversammlung

sprechen, es waren immerhin über 100 Genossinnen und Genossen anwesend, hatte ich nicht. Wenn sich eine Gelegenheit ergäbe, zu einem passenden Thema ein paar Worte zu sagen, wäre ich wieder bereit dazu.

Übergabe des Staffelstabes

Unser Genosse Klaus Kühnhorn aus Jüterbog/Markendorf wurde im November vom Kreistag als Vertreter des Jüterboger Beirats in den Kreissenorenbeirat gewählt. Er führt damit die viele Jahre geleistete Arbeit des Genossen Helmut Scheibe zur Umsetzung der seniorenpolitischen Leitlinien weiter.

Viel Erfolg, lieber Klaus!